

9.11.2011 in Baden-Baden

TOP 9 Regionalplan Mittlerer Oberrhein 2003
Fortschreibung des Kapitels 3.3.6 Oberflächennahe Rohstoffe
Sachstandsbericht

Beschlussvorschlag:

Die Verbandsversammlung nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis

1. Anlass

Am 8.6.2011 fasste der Planungsausschuss den Beschluss zur Durchführung der Öffentlichkeitsbeteiligung und der Anhörung der Träger öffentlicher Belange zur Fortschreibung des Regionalplankapitels 3.3.6 Oberflächennahe Rohstoffe (vgl. Vorlage 55/VIII an den PA). Die offizielle Anhörungsfrist der Träger der öffentlichen Belange endete am 4.10.2011.

Ziel der Fortschreibung ist die Sicherung von Flächen für die Versorgung mit Kies und Sand für die nächsten 30 Jahre. Der Planung liegt ein Bedarf im Planungszeitraum von insgesamt 300 Mio t Kies und Sand zugrunde.

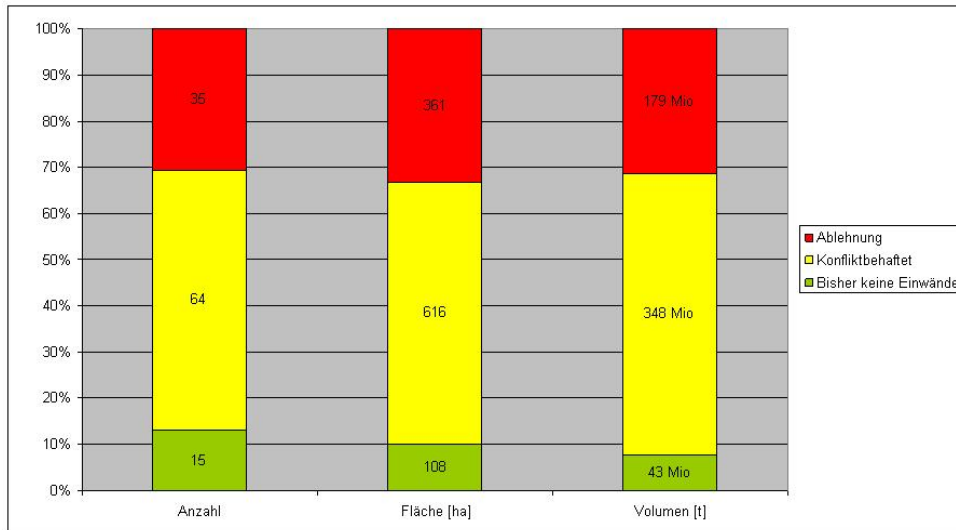
Am 12.10.2010 wurde der Planungsausschuss mündlich über den aktuellen Stand des Verfahrens unterrichtet. In der vorliegenden Vorlage informiert die Verwaltung die Verbandsversammlung über den aktuellen Stand der Planung und das weitere Vorgehen.

2. Sachstand

Bis zum 25.10.2011 lagen bei der Verwaltung insgesamt 157 Stellungnahmen vor, davon waren 86 Einwendungen von Bürgern im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung und 71 Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange. Verschiedene Träger öffentlicher Belange haben um Fristverlängerung gebeten, ihre Stellungnahmen aber inzwischen übermittelt. Noch keine Stellungnahme liegt von der Genehmigungsbehörde des Regionalplans, dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, vor.

Eine erste Sichtung der Stellungnahmen lässt folgende Schlussfolgerungen zu: Bislang keine Einwendungen erhoben wurden zu 15 Vorranggebieten auf 108 ha. Mit diesen könnten 43 Mio t Kies und Sand gesichert werden. Klärungsbedarf besteht bei 64 Vorranggebieten auf 616 ha, mit denen 348 Mio t Kies und Sand gesichert werden könnten. Erhebliche Bedenken wurden zu 35 Vorranggebieten auf 361 ha Fläche erhoben.

Die Stellungnahmen der Fachbehörden zu Schutzgebieten (Wasserschutzgebiete, Natura 2000-Vorprüfung sowie zum Artenschutz) können noch nicht unmittelbar in die Planung einfließen. Hier sind noch weitere Gespräche notwendig.



3. Position

In den nächsten Wochen wird die Verwaltung die in den Stellungnahmen vorgebrachten Gesichtspunkte in die Planung einarbeiten und den Textteil sowie die vorgeschlagenen Vorrang- und Ausschlussgebiete ggf. entsprechend modifizieren. Der überarbeitete Entwurf und die Synopse zum Anhörungsverfahren werden dem Planungsausschuss zur Beratung vorgelegt. Wegen der erheblichen Planänderungen wird im nächsten Jahr eine zweite Offenlage durchgeführt. Die Gebietskulisse orientiert sich dann eng an dem Bedarf. Mit einer abschließenden Entscheidung ist für Mitte 2012 zu rechnen. Danach wird die Satzung dem Ministerium für Verkehr und Infrastruktur vorgelegt.

- Der Verbandsdirektor -